

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.27 Uhr

Ende: 13.15 Uhr

1) Schulwegsicherung

GRin. **Edlinger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Edlinger**: Werte KollegInnen, sehr geehrter Herr Stadtrat! Seit heute wird von SchülerInnen-Lotsen/Lotsinnen der Mittagsdienst wieder versehen und neben dieser erfreulichen Tatsache stellt sich doch die Frage, warum war die Aufregung der letzten zehn Tage notwendig, warum hat es erst die Medienberichterstattung gebraucht, warum war diese notwendig, damit die Schulwegsicherung wieder in vollem Umfang gegeben ist und warum war der Aufschrei vieler Eltern notwendig, nachdem es seit dem ersten Schultag bis heute eben nur in der Früh den Einsatz von Schüler/Schülerinnenlotsen gegeben hat? Warum war dieser Aufschrei der Eltern notwendig, bis die Stadt und ihr Ressort und Sie sich bereit erklärt haben, die anfallenden Kosten zu übernehmen? Herr Stadtrat, wenn man Ihre Aussagen in der Medienberichterstattung der letzten Tage verfolgt hat, hat man den Eindruck, es waren alle anderen schuld, dass es keinen Mittagsdienst mehr gegeben hat, nur nicht Sie und Ihr Ressort, Ihr Amt, man hat gehört, angeblich steht das auch in Briefen an erboste Eltern, dass das AMS quasi schuld wäre, dass hier gespart wurde, man hat gelesen, der Verein wäre schuld, trotzdem stellt sich die Frage, wenn man im gleichen Zeitraum dann liest, dass Sie in Ihrem Ressort die Möglichkeit besitzen, fünf Millionen Euro für Planungen umzuschichten, wir werden das ja heute beschließen, warum das dann so schwierig war und vor allem auch erst so spät passierte, dass eine Lösung für Schulwegsicherung gefunden werden konnte. Denn nur ganz kurz zur Chronologie, bevor Sie wahrscheinlich jetzt wieder wiederholen werden, wer die anderen waren, die schuld waren. Grundsätzlich hat die Stadt immer die Schülerlotsen finanziert, es hat nur im letzten Schuljahr das Angebot gegeben, dass das AMS die Lohnkosten übernimmt, dieses arbeitsmarktpolitische Projekt wurde vom Verein Erfa durchgeführt, so hat man zwei Fliegen mit einer Klappe

geschlagen. Einerseits haben Arbeitslose die Möglichkeit bekommen, wieder berufsmäßig Fuß zu fassen und die Stadt konnte sich viel ersparen, weil das AMS überdurchschnittlich der Stadt, was diese Förderung anlangt, unter die Arme gegriffen hat. Es war aber immer klar, dass das ein Projekt ist, das vorderhand nur für das abgelaufene Schuljahr vorgesehen war. Bereits Mitte Sommer war Ihrem Amt bekannt, dass diese Förderungsschiene des AMS in diesem Umfang nicht mehr gegeben ist und der Verein Erfa hat dem AMS ein Angebot vorgelegt, dass man mit dem gleichen Personal aber auf Basis von geringfügiger Beschäftigung die Schulwegsicherung in der Früh und zu Mittag weiter durchführen könnte. Der Verein Erfa hat aber keine Zu- oder Absage erhalten, sondern per Zufall konnte man ein Inserat lesen, wo das Amt Ihre Ressorts einem privaten Sicherheitsdienst gesucht hat per Inserat, der diese Tätigkeit übernimmt. Jetzt nehme ich nicht an, dass dieser private Sicherheitsdienst von selbst beschlossen hat auftragswidrig, keinen Mittagsdienst mehr durchzuführen, sondern hier muss es doch einen klaren Auftrag gegeben haben und der Verdacht, der sich aufdrängt, ist, dass seitens Ihres Ressorts hier Geldmittel gespart werden wollten und deswegen nur ein Auftrag für den Frühdienst erteilt wurde.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs die

Frage:

Warum haben Sie an der Sicherung der Schulwege gespart und den Auftrag erteilt, dass die Schülerlotsen/-lotsinnen nur mehr in der Früh zur Verfügung stehen?

(Applaus SPÖ)

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin, ich werde relativ wenig wiederholen, was Sie gesagt haben; zunächst einmal weiß ich nicht, woher du die Meinung nimmst, dass ich mich darauf ausreden werde, wer alles schuld ist. Ich habe nie politische Verantwortung von mir geschoben und das ist in meinem Ressort und die

politische Verantwortung für alles, was dafür passiert ist, trage ich, zum Ersten (*Applaus ÖVP*). Fühle mich übrigens, nur in einem Nebensatz gesagt, für die in den anderen Ressorts gelegenen Aufgabenbereiche nicht so verantwortlich wie manch anderer hier auf dieser Regierungsbank. Das Zweite, was ich gerne sagen möchte, das ist die Geschichte im Zusammenhang mit den Schülerlotsen. Wir haben im letzten Jahr mit dem Verein Erfa einen Vertrag abgeschlossen über die Schülerlotsenaufgabe, Aufgabenerfüllung und dieser Vertrag passierte auf der Förderung des AMS, nämlich 100 % der Personalkosten. Das zuständige Amt, das Straßenamt, hat ab Mai beginnend den Verein aufmerksam gemacht und gebeten um ein Angebot für das kommende Jahr. Dieses Angebot ist nicht eingetroffen, sondern es hat dann das zuständige Amt, das Straßenamt, Anfang August einen Termin gemacht und bei diesem Termin wollte das Straßenamt ein Angebot haben vom Verein Erfa, dieses Angebot ist nicht gekommen und auf die Frage, welche Mittel stellt das AMS zur Verfügung, war die Antwort von diesem Verein, dass die Modalitäten für das nächste Jahr vom AMS noch nicht feststehen. Das ist nach unserer Information einfach nicht richtig, denn das AMS hat anscheinend diesen Verein schon spätestens im Mai aufmerksam gemacht, dass die Förderung reduziert wird. Darüber ist die Stadt aber nicht vom Verein informiert worden. Letztlich hat der Verein doch ein Angebot gestellt, Sie haben es gesagt, und zwar war das Angebot, dass bis Weihnachten die Schülerlotsendienste insgesamt 90.000 Euro kosten, ohne Förderung des AMS. Das erschien dem Amt mit Recht zu hoch. Es erging dann die Anfrage an private Unternehmen und da kam das Angebot von der Firma Sekam, die jetzt auch tätig ist, dass diese Schülerdienstleistung de facto zum halben Preis erbracht wird. Jetzt ist völlig klar, dass auch aus meiner Sicht alle Projekte, die Beschäftigung von Arbeitslosen, von Langzeitarbeitslosen ermöglichen, hohe Priorität haben. Aber wenn dann letztlich die Kosten doppelt so teuer sind, wie ein privates Unternehmen anbietet, dann denke ich im Sinne der Budgetkonsolidierung und auch einer Wirtschaftlichkeit der Aufgabe, nachdem ja die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen nicht die Aufgabe der Verkehrsabteilung sein kann, sehr stark zu hinterfragen. Im Übrigen ist der Vergleich mit den fünf Millionen, dieser Vergleich hinkt insofern ein bisschen, weil die fünf Millionen sind in der außerordentlichen Gebarung werden diese Schülerdienste aus der ordentlichen Gebarung mit dem Eckwert bezahlt werden müssen. Das Straßenamt hat dann, wie gesagt, das private Unternehmen beauftragt, hat es ausschließlich für den Frühdienst beauftragt, als ich

dann informiert worden bin über die ganze Geschichte, habe ich sofort den Auftrag gegeben, diesen Auftrag auszuweiten. Du hast das selber schon gesagt, seit heute Mittag, also etwas mehr als eine Woche nach Schulbeginn ist der Schülerlotsendienst wieder im Gange, er wird erfüllt, ich hoffe nach wie vor zur größten Zufriedenheit, sowohl in der Früh als auch am Mittag und dieser Dienst ist jetzt bestellt und beauftragt bis Jahresende und es wird Zeit genug geben, um mit allen Beteiligten zu verhandeln, um die Lösung dann für das nächste Kalenderjahr insgesamt zu sichern (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Edlinger**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sie haben gesagt, dass das Anbot der Privatfirma quasi nur die Hälfte ausgemacht hat vom Anbot vom Verein Erfa. Jetzt nehme ich an, dass deswegen die Hälfte quasi im Anbot der Privatfirma gestanden ist, weil die ja auch nur in der Früh Dienst gemacht haben oder es sollte aus anderen Gründen, die wir nicht kennen, seitens Ihres Ressorts gespart werden. Weil Sie werden nicht nur einen Schülerlotsendienst für in der Früh angefragt haben, sondern so, wie bisher, einen Dienst, der in der Früh und zu Mittag gegeben ist und die Schulwegsicherung gewährleistet. Und Tatsache ist, die Frage ist, Sie haben gesagt, quasi das private Angebot war so viel günstiger und Sie selbst fühlen sich für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nicht zuständig, verantwortlich. Wurde seitens Ihres Ressorts mit anderen Ressort, wurden da Kontakt aufgenommen, nachdem wir ja doch vier, fünf Wochen Zeit hatten, August und die erste Septemberwoche, um hier noch eine Lösung zu finden, die sowohl Arbeitslosen weiterhin hilft als auch eine umfassende Schulwegsicherung zu gewährleisten?

Dr. **Rüsch**: Liebe Elke Edlinger, zunächst vermutest du, dass ich mich nicht zur politischen Verantwortung bekenne und zum Zweiten vermutest du, dass ich ein Depp bin oder ein Dodel oder was, wenn du behauptest, oder wenn du zumindest in den Raum stellst, dass ich hier Äpfel mit Birnen vergleiche. Das Angebot hat sich selbstverständlich auf denselben Leistungsumfang bezogen, nämlich Schullotsendienst in der Früh und am Mittag, die private Firma hat den

Schullotsendienst in der Früh allein um 24.000 Euro angeboten bis Weihnachten und für Schule für Früh und Mittag um 44.000 und die 44.000 exklusive Umsatzsteuer sind zu vergleichen, also inklusive Umsatzsteuer sind das 50.000 und die sind zu vergleichen mit den 90.000 zu denen der Verein Erfa bereit gewesen wäre, denselben Dienst anzubieten. Ich kann das nur nochmals sagen, der Verhandlungspartner für AMS ist der Verein, selbstverständlich schalten wir uns hier auch ein, aber wir sind ja letzten Endes auf die Angaben und auf die Kosten des Vereines Erfa angewiesen. Das AMS kontrolliert übrigens ausschließlich, ob der Verein die Lohnkosten richtig abfertigt, aber den Preis, den der Verein uns gegenüber verrechnet, der interessiert das AMS nicht, das ist aus unserer Sicht zu hinterfragen. Wir werden auch das Angebot des Vereines Erfa sehr genau prüfen, wie es überhaupt möglich sein kann, mit einer AMS-Unterstützung zu einem derart hohen Preis zu kommen. Aber wie gesagt, verantwortlich dafür ist nicht das AMS, das AMS kontrolliert die Lohnkosten und nicht, was uns gegenüber verrechnet wird. Zu deiner dritten Frage, die Dienste von anderen Ressorts wurden ja auch über die Zeitung angeboten, ich habe es nicht für sehr sonderlich gescheit gefunden, hier eine Lösung mit Pensionisten anzubieten, mir war das wichtiger, dass wir selbst eine Lösung zustande bringen. Natürlich könnte ein Pensionist mit 55 Jahren diesen Dienst auch versorgen, ein Pensionist mit 70 Jahren wäre wohl nicht ganz geeignet, hier einzusetzen. Ich glaube, da sind nicht nur die Kinder, sondern auch noch die Pensionisten gefährdet. Ich glaube jedenfalls, dass der Dienst jetzt läuft und damit ist das auch wieder in Ordnung (*Applaus ÖVP*).

2) Stadtteilentwicklung Webling

GRin. **Bergmann** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch, Ende August dieses Jahres gab es in der Kleinen Zeitung einen großen zweiseitigen Artikel zum Bebauungsplan Martinhofstraße, in dem berichtet wurde, dass die Verkehrslösung, die wir im Vorjahr eingefordert hatten zu diesem Bebauungsplan, dass es diese für dieses Projekt

bereits gibt. Leider ist uns bis heute diese Verkehrslösung noch nicht vorgestellt worden. In diesem Zusammenhang ist auch meine Anfrage an Sie, Herr Stadtrat, zu verstehen.

Am 16. Jänner 2007 wurde im Stadtsenat die Auftrageserteilung an die Firma Stadt-Land bezüglich eines Stadtteilentwicklungskonzeptes für Webling, beschlossen. Die Kosten für dieses Konzept wurden mit €61.200.- festgelegt.

Dieses Konzept sollte folgende Punkte beinhalten:

ein Verkehrskonzept (inklusive einer Darlegung möglicher Umweltauswirkungen) für:

- ÖV (öffentlicher Verkehr)
- MIV – motorisierter Individualverkehr
- Fuß- und Radverkehr
- ein Nutzungskonzept
- ein Dichte- und Baumassenkonzept (inklusive städtebaulicher Kenngrößen)
- ein Grünraumkonzept für Webling

Das Ergebnis soll der Stadt Graz auch als Handlungsleitfaden für die weitere Entwicklung und Vorgehensweise im Grazer Süden dienen – so steht es genau im Stadtsenatsstück.

In der Gemeinderatssitzung im Februar habe ich in einer Wortmeldung zwar zu einem anderen Bebauungsplan in unmittelbarer Nähe der Martinhofstraße, bereits auf die Wichtigkeit so eines Gesamtkonzeptes für Webling hingewiesen und zwar in Bezug auf die weitere Wohnbebauung in diesem Stadtteil, die ja hier sehr forciert wird.

Daher stelle ich auch folgende

F r a g e

an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs.
Ist dieses Konzept „Stadtteilentwicklung Webling“ bereits vorhanden?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Zunächst ganz kurz zu der zu diskutierenden Verkehrslösung im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Martinhofstraße. Ja, es gibt eine Verkehrslösung, wir haben ja den Bebauungsplan aufgelegt und der Bebauungsplan, und das ist damals schon bei der Auflage beschlossen worden, wir sind beauftragt worden, dass, bevor dieser Bebauungsplan tatsächlich dem Gemeinderat vorgelegt wird, eine Verkehrslösung auszuarbeiten ist und diese dann auch vorzustellen ist. Die Verkehrslösung gibt es, sie besteht im Wesentlichen darin, dass die Kreuzung Straßgangerstraße/Hartergasse ausgeweitet wird, zusätzliche Abbiegespuren kommen, damit die Leistungsfähigkeit dieser Kreuzung nicht überfordert ist. Diese Lösung ist jetzt einmal vorgeschlagen, sie ist mit dem Land vereinbart, der Bauträger ist ja das Land, weil es eine Landesstraße ist. Es läuft derzeit das Anhörungsverfahren, das ist ein formal erforderliches Verfahren, weil eben der aufgelegte Bebauungsplan geändert wurde und wenn dieses Anhörungsverfahren, das ist exakt nach dem Raumordnungsgesetz, wenn dieses Anhörungsverfahren durchgeführt ist, dann wird der Bebauungsplan mit der neuen Verkehrslösung wieder im Ausschuss zu diskutieren sein. Die Schwierigkeiten dabei liegen noch darin, dass wir, und diese Schwierigkeit wird uns bei sehr vielen Bebauungsplänen in Hinkunft begleiten, dass wir mit unserem Stadtbudget allein nicht in der Lage sind, diese Maßnahmen zu finanzieren, das heißt, wir müssen eine Mitfinanzierung der Bauträger verhandeln und organisieren und da sind wir dabei und bevor das nicht geregelt ist, kommt der Bebauungsplan auch nicht in den Ausschuss. Aller Voraussicht nach wird das aber im Oktober der Fall sein. Zu der Studie in Webling haben Sie das Meiste vorweggenommen, was ich Ihnen auch sagen wollte. Die eine Frage, die noch offen ist, das ist der Termin, beauftragt ist das Büro Stadt Land, Sie haben es gesagt, die Arbeiten sind sehr gut unterwegs, sie sind auch termingerecht unterwegs, die Planungsergebnisse werden aller Voraussicht nach bis Ende November/Anfang Dezember vorliegen.

GRin. **Bergmann**: Das heißt also, dieses in Auftrag gegebene Konzept ist noch nicht vorhanden und konnte daher auch für diese Verkehrslösung nicht herangezogen werden, stimmt das so?

Dr. **Rüsch**: Das ist insofern richtig und nicht richtig. Richtig ist, dass selbstverständlich die Grundlagen auch für die jetzt vorgelegte Verkehrslösung auch mit dem Planungsteam diskutiert wurde, analysiert wurde, Sie haben Recht, die Ergebnisse liegen noch nicht vor und ich nehme an, dass sich das Büro Stadt - Land durchaus auch unabhängig jetzt von dieser Lösung mit den Fragen des Verkehrskonzeptes befassen wird. Aber nachdem wir auch hier diese Lösung in Abstimmung vorgeschlagen haben, bin ich überzeugt, dass auch von Stadt - Land diese Lösung wahrscheinlich im Konzept drinnen sein wird. Also insofern ist eine Abstimmung erfolgt, die Ergebnisse der Studie liegen aber noch nicht vor (*Applaus ÖVP*).

3) Ausweitung des Holsystems für Sperrmüll

GR. Mag. **Candussi** stellt an Bürgermeisterstellvertreter **Ferk** folgende Frage:

Mag. **Candussi**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Zirka 14.000 Tonnen Sperrmüll fallen in Graz jährlich zur Entsorgung an und demgegenüber steht ein sehr spärliches Angebot der Stadt Graz. Die einzige Sammelstelle in der Sturzgasse, die zur Verfügung steht, ist seit ein paar Wochen nur mehr gegen Entrichtung von vier Euro Einfahrtgebühr zugänglich und wer seinen Sperrmüll zu Hause abholen lassen möchte, muss Euro 68,62 exklusive Umsatzsteuer zuzüglich Entsorgungsgebühr berappen. Regelmäßige Sperrmüllsammlungen in den Bezirken, die es gab, und die, glaube ich, mit großem Erfolg durchgeführt wurden, gibt es nicht mehr und die Folgen dieses mangelnden Angebotes seitens der Stadt sind Mülltourismus, illegale Sperrmüllsammlungen und die Ablagerung von sperrigen Gütern an dafür nicht vorgesehenen Orten. Da von Ihrer Seite in der letzten Zeit nicht viel anderes dazu zu hören war als die Feststellung, dass diese Sperrmüllsammlungen seitens der ungarischen Kleinmaschinenbrigaden, wie sie sich nennen, illegal wären und dass wir wissen, dass wilde Entsorgung an den Altstoffsammelstellen auch nicht legal ist, sich aber umso größerer Beliebtheit erfreut, seit die Einfuhrgebühr eingeführt ist, meinen wir, dass es Handlungsbedarf der Stadt Graz, dass zumindest die

Bezirkssammlungen wieder belebt werden sollten und dass es vor allem für all jene Leute, die nicht in der Lage sind, ihren Müll eigenhändig oder beziehungsweise mit dem eigenen Pkw in die Sturzgasse zu bringen, dass es für die auch leistbare Angebote geben muss und in diesem Sinne frage ich Sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister:

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um das Holsystem für Sperrmüll auszuweiten beziehungsweise den Grazerinnen und Grazern attraktivere Angebote für die Abholung ihres Sperrmülls zu machen?

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich darf Ihnen die Stellungnahme des Abfallwirtschaftsreferates des Umweltamtes zur Kenntnis bringen. Richtig ist, dass der Gemeinderat der Stadt Graz mit Beschluss vom 11.2.2004 das Projekt Aufgabenkritik als wesentliche Initiative zur Einleitung einer mittelfristigen Budgetkonsolidierung für die Stadt Graz gestartet hat. Im Rahmen dieses Projekts wurde mit Verweis auf die extrem hohen Kosten für Personal und Fahrzeuge für die an den Wochenenden durchgeführten Bezirksentrümpelungsaktionen der Vorschlag zur Einstellung der Bezirksentrümpelung, Sperrmüllabholung eingebracht und im Schlussbericht der Aufgabenkritik vom 10. 10. 2004, Punkt 540, festgeschrieben. Somit war die Sperrmüllabholung beziehungsweise Bezirksentrümpelung mit einem Einsparungspotential von 94.610 Euro von Seiten der Wirtschaftsbetriebe verpflichtend einzusparen. Im Zusammenhang mit einem Holsystem für Sperrmüll wird hiermit auf die kostenpflichtigen Containerdienste der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz hingewiesen und auf den ebenfalls kostenpflichtigen Entrümpelungsdienst des sozialökonomischen Betriebes BAN (*Applaus SPÖ*).

Mag. **Candussi**: Ich muss sagen, ich habe mir eine ähnlich magere Antwort erwartet, habe Ihnen, um vielleicht in Hinkunft doch eine befriedigendere Antwort, nämlich den Ausblick auf einen Ausbau des Sperrmüllabholsystems, zu hoffen und vielleicht damit rechnen zu können, zusammengeschrieben, zusammengesucht, wie andere

Hauptstädte in Österreich, Landeshauptstädte in Österreich das handhaben. Wenn man sich das durchsieht, sieht man, Graz ist in diesem Bereich leider wirklich Schlusslicht, in vielen anderen Bereichen, was den Müll anlangt, sind wir nicht so weit hinten, würde ich Ihnen gerne zur Lektüre geben und bitte Sie, darüber nachzudenken.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es war keine Frage, ist unzulässig, bitte wirklich sich daran zu halten, es ist eine Zusatzfrage möglich...

Wortmeldung von GR. Mag. Candussi unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, jetzt haben wir die Zusatzfrage, jetzt kann auch der Herr Vizebürgermeister antworten.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Da ich Ihre Aktivitäten im Umweltbereich ganz besonders schätze, werde ich diese Unterlagen nicht nur gerne durchlesen, sondern ich arbeite natürlich gemeinsam mit meiner Abteilung daran, Stichwort, wenn Sie wollen, Reparaturzentrum, und ich werde einen entsprechenden Beschlussantrag noch in diesem Jahr dem Gemeinderat zur Vorlage bringen, wo wir schon auch Rücksicht nehmen auf die Situation, dass durch die Zurücknahme der Bezirksentrümpelung natürlich im Bereich der Wirtschaftsbetriebe nicht die Situation eintreten darf, dass es zu wilden Ablagerungen kommt. Einen Satz sage ich noch dazu, die vielfach diskutierte Einfuhrgebühr in der AEVG oder in der Sturzgasse, die kann man so oder so beleuchten. Richtig war bisher, dass 11 % der Grazerinnen und Grazer und darüber hinaus aus den Umlandgemeinden diese Gratisentrümpelung in Anspruch genommen haben und 98 % der Grazerinnen und Grazer aber dafür auch

die finanzielle Leistung zu erbringen gehabt haben, also eigentlich ist es meines Erachtens durchaus machbar, es hat die eine oder andere Anfrage gegeben, aber es hat nicht den Aufschrei gegeben, weil wir haben ein umfassendes Angebot nach wie vor in unserer Stadt vorhanden. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

4) Kindergarten in den GGZ

GRin. **Gesek** stellt an StRin. **Kaltenbeck-Michl** folgende Frage:

GRin. **Gesek**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Wir alle freuen uns, dass nunmehr die Realisierung des Kindergartens und der Kinderkrippe in den Geriatrischen Gesundheitszentren gemeinsam mit dem Med-Center in der Albert Schweitzer Gasse beschlossen wurde.

Da dieses Projekt bereits schon vor drei Jahren ins Auge gefasst wurde, ist die Inbetriebnahme des Kindergartens mit der Kinderkrippe im September 2008 dringend geboten - auch um den Bediensteten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Vorausschicken möchte ich auch, dass Bedienstete der Krankenhäuser Elisabethinen und Barmherzige Brüder sowie Eltern aus der Bevölkerung des Bezirkes Gries bereits ihr Interesse an der Inbetriebnahme des Kindergartens bekundet haben.

Voraussetzung für die Inbetriebnahme ist jedoch die Freigabe des Grazer Kindergartenmodells für die Kindergärten hinsichtlich der Tarife bis spätestens zur nächsten Gemeinderatssitzung am 15. November dieses Jahres.

Bleibt das Haus weiter ungenutzt, schlagen sich monatlich zirka 25.000 Euro zu Buche, die nie durch Mieteinnahmen kompensiert werden können, weil die Bauarbeiten zum Kindergarten und Med-Center zusammenhängen.

Ich frage dich daher, sehr geehrte Frau Stadträtin, ob du bereit bist, möglichst schnell zu helfen, damit der Kindergarten und die Kinderkrippe in den Geriatrischen Gesundheitszentren im September 2008 in Betrieb genommen werden können und

somit für die Bediensteten eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie darstellen (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Gerda! Ich freue mich, dass du dich so vehement für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen, Väter und Mütter einsetzt und du fragst, ob ich bereit bin, was gibt es da zu lachen, ist ja für Männer und Frauen, und du fragst, ob ich bereit bin, möglichst schnell zu helfen, ich bin ja fast versucht zu sagen, ich bin ja nicht bei der Feuerwehr. Aber im Ernst, du weißt ja sehr gut, dass ich selbst, wenn ich wollte, diese Hilfe, die da erwartet wird und zwar ziemlich plötzlich und überraschend erwartet wird von meiner Seite, gar nicht allein entscheiden kann. Denn, und ich bin heute in einem Nebengespräch mit dir draufgekommen, dass du das ganz offensichtlich nicht in Erinnerung hast, es gibt einen gültigen Gemeinderatsbeschluss vom 11.11.2004, bei dem der Aufnahmestopp für das Tarifsysteem beschlossen wurde und es könnte überhaupt nur der Gemeinderat eine Änderung beschließen, also diesen Beschluss aufheben. Übrigens warst du damals die Berichterstatterin, ich könnte jetzt zitieren, was du dort damals alles berichtet hast, aber es ist ohnehin leicht nachzulesen und wir haben diesen Beschluss des Einfrierens ja nicht leichtfertig und aus Jux und Tollerei gefasst und auch nicht einstimmig gefasst, sondern er ist deshalb notwendig geworden, weil wir gesehen haben, dass uns die Kosten schlicht und einfach davongaloppieren. Ich erinnere noch einmal daran, fünf Millionen jährlich geben wir für das Tarifsysteem, das den Eltern, die ihre Kinder betreuen lassen in privaten Bildungseinrichtungen, eine Erleichterung bei den Beiträgen sein soll, aus. Wir wissen auch, dass die handelnden Personen bei der Umsetzung von diesen Projekten, vor allem die Trägerorganisationen, die sich beworben haben, auch wissen, dass es diesen Aufnahmestopp gibt. Also ich habe nicht die genaue Information, wer sich alles beworben hat, aber man kann es sich ja vorstellen, wer die großen Träger von Betreuungseinrichtungen in dieser Stadt sind. Das sind immer wieder die sogenannten gleichen Verdächtigen, hätte ich bald gesagt, also die wissen jedenfalls alle, dass wir den Aufnahmestopp haben und ich bin einigermaßen überrascht, dass jetzt plötzlich, nachdem in der nächsten Woche die Vergabe an einen Träger durch den Verwaltungsausschuss des GGZ erfolgen

soll, nebenbei sprichst du in deiner Anfrage von einem Beschluss, der erst nächste Woche gefasst werden soll, von einer Übernahme in das Tarifsysteem die Rede ist. Das Anliegen, dass der Betriebskindergarten GGZ ins Tarifsysteem aufgenommen werden soll, ist zum ersten Mal am 30.8.2007 an mich herangetragen worden und zwar von der Personalvertretung der GGZ. Bislang war in Gesprächen mit dem zuständigen Politiker, Vizebürgermeister Ferk, nur die Rede davon, ob die Einrichtung als städtische Einrichtung geführt werden kann, das ist aus vielen gesetzlichen Rahmenbedingungen leider nicht möglich. Ich kenne natürlich die Angebote, die vorliegen nicht, aber, das scheint mir jetzt sehr wichtig, interessant wäre natürlich die Finanzpläne genau zu prüfen. Würde nämlich eines der Angebote, ich vermute ja nur einmal, muss ja nicht so sein, aber würde eines der Angebote davon ausgehen und das auch niedergeschrieben haben, dass das Tarifsysteem der Stadt Graz zum Tragen kommt und dieses Angebot deshalb den Vorzug bekommt, dann wäre das für mich ein ganz klarer Fall von unlauterem Wettbewerb. Und wirft die Frage nach der Korrektheit der vorliegenden Finanzpläne auf und lässt natürlich auch die Entscheidungsfindung in ein anderes Licht stellen. Denn ich sage noch einmal in aller Deutlichkeit, das kommt immer wieder vor, dass sich Träger bewerben irgendwo, vor allem bei privaten Firmen, die eine Einrichtung wollen für die Kinder ihrer Eltern, dann kriegen sie den Zuschlag und dann kommen sie nachher und sagen, ja aber wir können das nur machen, wenn wir das Tarifsysteem kriegen. Das ist alles gut und schön, aber ich sage noch einmal, wir haben einen einstimmigen Beschluss, der da lautet, Einfrieren des Tarifsystems, und was bei diesem Projekt natürlich noch zum Tragen kommt, ist, ich verweise darauf, dass das Tarifmodell ja nur für die Grazer Eltern geht, ich gehe davon aus, und das hat mir auch die Personalvertretung bestätigt, dass sehr viele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sind ja eher Mitarbeiterinnen, aus dem Umfeld von Graz kommen, also nicht hier gemeldet sind. Also noch einmal, das Problem ist, ich bin am 30.8. von dem Wunsch, es sollte ein Tarifsysteem möglich sein für diese GGZ-Betriebseinrichtung, informiert worden, was bedeutet, wir alle wissen, wie Budgets entstehen und wir haben ja schließlich schon die Eckwerte bis 2010 beschlossen, dass sich natürlich für einen solchen Fall, selbst wenn ich bereit wäre, nicht budgetär vorgesorgt habe und es wäre auch gar nicht möglich gewesen angesichts der Eckwerte. Ich halte zum Abschluss Folgendes fest: Ich werde einen Gemeinderatsantrag zur neuerlichen Freigabe des Tarifsystems gerne unterstützen, wenn er von jemandem kommt, ich bin

aber sicher, dass der Gemeinderat weiß, dass dies finanzielle Auswirkungen hat, ich bin mir sicher, dass der Herr Finanzreferent dann an die Eckwerte 2007 bis 2010 erinnern wird, jedenfalls in den jetzt beschlossenen Eckwerten des Amtes für Jugend und Familie hat dieses Modell leider nicht Platz. Tut mir leid (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Gesek**: Ich möchte dich nur fragen, ob du weißt, dass Eltern aus dem Grazer Umfeld in allen Grazer Kindergärten 100 % zahlen und sich bei der jeweiligen Gemeinde um Zuzahlung stark machen müssen.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Natürlich weiß ich das, aber ich weiß nicht, was das eine mit dem anderen zu tun hat.

GRin. **Gesek**: Weil dann ist deine Antwort obsolet, dass du sagst, es sind so viele Eltern aus dem Grazer Umfeld.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Genau deshalb, irgendwas hast du nicht verstanden, ich weiß nicht, wie ich es dir erklären soll, damit du es verstehst (*Applaus SPÖ*).

5) Baumsterben auf Grazer Plätzen

GRin. **Rücker** stellt an StRin. **Monogioudis** folgende Frage:

GRin. **Rücker:** Sehr geehrte Stadträtin, liebe Wilfriede, liebe KollegInnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im Sommer hat man auf manchen Plätzen sehr traurig beobachten müssen, dass es den Stadtbäumen, den Straßenbäumen, den Platzbäumen eigentlich gar nicht gut geht. Ich nenne insbesondere den Jakominiplatz, den Kaiser-Josef-Platz, aber auch am Geidorfplatz mussten wir beobachten, dass die Bäume dort teilweise schon am Sterben sind. Teilweise wurden auch schon welche abgeschnitten, was, wenn man jetzt die ganze Klimaschutzdebatte miteinbezieht, wo ja inzwischen hier alle schon genau wissen, was es für Konsequenzen hat, wenn es immer weniger Bäume in der Stadt gibt, insgesamt betrachtet doch eine sehr massive Entwicklung ist, die eigentlich in dieser Stadt nicht sein müsste, denn es geht nicht darum, dass der Sommer sehr heiß war und es mit der Bewässerung ein Problem gibt, das noch nachvollziehbar wäre, dass man da nicht nachkommt mit Gießen, oder dass das eine Sparfrage ist, sondern es geht darum und das haben wir im Vergleich mit anderen Städten gesehen, dass einfach die Baumscheiben, also die Möglichkeit, überhaupt mit Wasser an die Wurzeln heranzukommen, baulich so gering sind und so gering ausgestattet sind, dass für diese Bäume ein Überleben, auch wenn sie noch so gut gegossen werden, auf lange Sicht nicht möglich ist, weil einfach die Wurzelspitzen, die eigentlich erreicht werden müssen, nicht erreicht werden bei dem, wie es oben zugebaut ist. Wer sich die Baumscheiben anschaut, das geht manchmal um einen Umfang von einem halben Meter bis einem Meter und das ist zuwenig. Und deswegen stellte ich jetzt an dich die

F r a g e :

Wie wirst du dem Baumsterben auf den Grazer Plätzen entgegenzutreten und dafür sorgen, dass hinkünftig und langfristig die Bäume auf den Plätzen und entlang der Straßenzüge nicht mehr vertrocknen, sondern ausreichende Bedingungen für ihr Wachstum und ihre Entwicklung haben?

StRin. **Monogioudis:** Frau Gemeinderätin, liebe Lisa! Was den Motivenbericht betrifft, da muss ich zwei Dinge schon zurechtrücken, erstens nicht den Stadtbäumen

ging es schlecht, sondern einigen Stadtbäumen, und das hat auch seine Gründe. Das Zweite, was nicht stimmt, du sagst, wenn es immer weniger Bäume in der Stadt gibt, die Bäume, die auf öffentlichen Flächen stehen, sind in den letzten Jahren nicht weniger, sondern mehr geworden und das ist mir schon ganz wichtig, das auch zu betonen, weil da entstehen immer wieder Missverständnisse. Was deine Frage betrifft, könnte ich jetzt sagen, genau diese Frage habe ich beantwortet mit meinem E-Mail am 9. August, als ich reagiert habe auf einen Beitrag auf eurer Homepage. Da steht eigentlich alles drinnen und ich kann mich nur wiederholen. Ich habe mich auch deswegen ein bisschen gewundert, ich habe mich einerseits gewundert über die Wortwahl, denn unter Baumsterben auf den Grazer Plätzen stelle ich mir eigentlich etwas anderes vor als dass es zum Beispiel am Jakominiplatz den einen oder den anderen Baum gibt, dem es auf Grund von Versäumnisse und Fehlern in der Vergangenheit schlecht gegangen ist und dann auch gefällt werden musste. Baumsterben das klingt schon sehr viel krasser und katastrophaler. Ich kann eigentlich nur mich wiederholen und dir noch einmal sagen, worum es mir geht. Seit ich für die Wirtschaftsbetriebe zuständig bin, haben diese sehr darauf geachtet und auch bei den ausführenden Abteilungen darauf gedrängt, dass überall, wo Baumstandorte vorgesehen sind, auch darauf Rücksicht genommen wird, dass genug Platz für den Wurzelraum ist, dass wir unterirdische Bewässerungssysteme einbauen können und es wird auch ein Substrat verwendet, das Wasser speichert. Und es gibt jede Menge positive Beispiele aus den letzten Jahren, wo eben solche geglückten Baumpflanzungen durchgeführt wurden und das sind gar nicht so wenige, ein paar kann ich dir nennen. Das war der Freiheitsplatz, der Karmeliterplatz entlang der Koralmbahn, der Platz zum Freiwilligen Schützen, der heißt wirklich so, entlang der Linie 4 und 6, in der Oeverseegasse etc., also das heißt, man kann nicht mit noch so viel Gießen, aber das hast du ja selbst auch gesagt, kann man nicht das gutmachen, wenn der Baum zuwenig Platz hat und deswegen ist es wichtig, darauf zu achten, dass Bedingungen gleich vom Anfang an geschaffen werden, damit die Bäume dort gut wachsen und bestehen können (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Rücker:** Es stimmt, ich habe von dir eine E-Mail bekommen, das sich genau darauf bezogen hat, was mit zukünftigen und was mit den letzten Pflanzungen

passiert ist. Was mich noch interessieren würde ist, was ist mit bestehenden Bäumen, die jetzt einfach zu wenig Platz haben, ist da auch daran gedacht, hier eine Veränderung vorzunehmen und wo siehst du die Möglichkeit, auf welchen Plätzen? Weil zum Beispiel eben Kaiser-Josef-Platz oder Geidorfplatz usw., da gibt es ja noch Bäume, die jetzt schon eingebaut sind, also eingebaut wirklich so im wahrsten Sinne des Wortes, ob da auch Maßnahmen ergriffen werden können, dass auch dort die Möglichkeit besteht für diese Bäume, sich mehr zu entwickeln.

StRin. **Monogioudis**: Bäume, wo man das noch reparieren kann, gibt es kaum. Im Allgemeinen muss man sagen, dass man solche Sünden leider erst bei einer Neupflanzung dann beseitigen kann.

6) Projektstand „Obere Weid – Geh- und Radwegverbindung in Gösting“

GRin. Mag. **Bauer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Mag. **Bauer**: Ich möchte eine Frage an den Herrn Stadtrat Rüsch richten. Sehr geehrter Herr Stadtrat! Im April dieses Jahres haben Sie den Gemeinderat über die geplanten Radverkehrsmaßnahmen 2007 informiert. Darin war auch ein Kapitel enthalten, das einen Ausblick über die weiteren Radwegprojekte gab und Sie haben unter anderem die Radwegverbindung „Obere Weid – Geh- und Radwegverbindung in Gösting“ angeführt. Damals haben Sie angekündigt, die Planungen seien im Herbst fertig, im Konkreten, sie sollen im September vorliegen.

Da natürlich diese Verbindung für FußgängerInnen und RadfahrerInnen in diesem Stadtteil von wesentlicher Bedeutung ist, möchte ich mich gerne nach dem Projektstand erkundigen beziehungsweise auch wie geht es weiter und wann kann es fertig sein?

Somit stelle ich namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat die

F r a g e :

Wie sieht es mit den Planungen aus und wann wird es abgeschlossen sein?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin, vielen Dank für die Frage, weil sie mir auch Gelegenheit gibt darzulegen, mit welchem Engagement wir von Seiten der Stadt beim Land diesen Radweg urgieren und auch gemeinsam die wichtigsten Schritte unternommen haben. Vielleicht zunächst der Hinweis, es geht hier um die Brücke über die Schlepfbahn im Norden der Stadt Graz und damit soll ein wichtiger Lückenschluss, eine wichtige Verbindung im Radweg- und auch im Fußgängerverkehr von jenen Personen, die vom Norden kommen über die Mur letztlich dann hergestellt werden. Also ein Teil des Radwegs R2, das ist ein regionaler Radweg. Wir haben beim Bebauungsplan (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) für die Firma Kovac, für das Einkaufszentrum im Norden im Bebauungsplan den Radweg selbst verankert, er wird auch bezahlt von der Firma Kovac. Was offen geblieben ist, auch aus Finanzierungsgründen, das war die Brücke. Wir haben uns inzwischen mit dem Land geeinigt, dass die Brücke im Verhältnis 50 : 50 zwischen Stadt und Land geteilt wird, die Kosten geteilt werden, also die Finanzierung 50 : 50 gemacht wird und das Land hat inzwischen eine private Firma mit der Detailplanung dieser Brücke beauftragt. Die Detailplanung wird nach dem derzeitigen, nach aktuellem Stand tatsächlich im Herbst fertig. Dabei muss ich allerdings betonen, dass der Herbst bis zum 21. Dezember dieses Jahres dauert. Vor Anfang Dezember wird die Studie nicht fertig, aber das ist vorgesehen und dann geht es ins Behördenverfahren mit der Detailplanung und dann in die Realisierung. Also die Umsetzung ist in die Wege geleitet, die Planung ist unterwegs und ich hoffe, dass es dann vielleicht auch möglich ist, das kann aber derzeit nicht versprochen werden, dass wir eventuell nächstes Jahr auch mit dem Bau beginnen können, das ist aber, wie gesagt, aus heutiger Sicht noch nicht gesichert.

Mag. **Bauer**: Es kann nicht versprochen werden, dass nächstes Jahr begonnen wird, habe ich Sie richtig verstanden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist ein bisschen schwer, dass sich sogar Antragsteller und Stadträte hier vorne unterhalten, deswegen würde ich alle ersuchen, die was zu reden und zu besprechen haben, es draußen zu tun.

Dr. **Rüsch**: Ja, das ist mir schon klar, es ist dadurch auch Ihnen die Möglichkeit genommen, eine Zusatzfrage zu stellen, weil die Zusatzfrage offensichtlich die Frage einer Wiederholung in der Hauptfrage war. Nochmals, die Planung ist unterwegs, sie ist für Dezember zugesagt, also Ende Herbst, danach kommt das Behördenverfahren und die Ausschreibung. Ob sich das ausgeht, das hängt eben auch vom Behördenverfahren ab, ob wir nächstes Jahr mit dem Bau beginnen können, das ist nicht gesichert aus heutiger Sicht.

7) Ankauf von Waldgrundstücken

GR. **Mayr** stellt an StR. Mag. Dr. Riedler folgende Frage:

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine kurze Frage an den Herrn Stadtrat Dr. Riedler. Welche Waldgrundstücke wurden in der laufenden Gemeinderatsperiode von der Stadt Graz oder der GBG angekauft und welche Fortschritte gab es bezüglich der im Gemeinderatsstück Waldankaufsstrategie aus dem April dieses Jahres präsentierten Vorhaben?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Kurze Antwort auf die kurze Frage. Die mir übergebene Budgetsituation hat es nicht möglich gemacht, in dem Rahmen Waldankäufe durchzuführen, den ich mir vorgestellt habe. Daher mussten wir ja auch die Waldankaufstrategie entwickeln und aus dem Bereich der erwirtschafteten Mittel, die aus dem Forstbereich kommen, auch die Ankäufe finanzieren, dazu wurde eine Strategie entwickelt, die in der vertraulichen Sitzung des letzten Gemeinderates, wenn ich es richtig im Kopf habe, auch dem Gemeinderat vorgestellt wurde und von diesem beschlossen wurde und im Rahmen dieser Strategie wird es zu einem Waldankauf noch in dieser Periode kommen, da bin ich sehr zuversichtlich und dann bin ich auch gerne bereit, eine Gesamtdarstellung der Waldankäufe zu geben. Man kann das nur im Großen und Ganzen sehen, eine Einzelankaufstrategie von wenigen Quadratmetern im Waldbereich halte ich nicht für sinnvoll.

Zwischenruf GRin. Gesek: Der Stadtrat Stoiser hat es damals geschafft.

GR. **Mayr**: Eine kurze Zusatzfrage. Wird das in Aussicht genommene Waldgrundstück dann das erste in dieser Gemeinderatsperiode zugekaufte Waldgrundstück sein?

Dr. **Riedler**: Ja, also ich nehme einen Zuruf auf, sage auf deine Frage nein und sage des Weiteren zur Frau Kollegin Gesek, diesen Zuruf beantwortend. Es stimmt, dass der Herr Kollege Stoiser mehr Wald ankaufen konnte und zwar deshalb, weil er einen Finanzreferenten Messner hatte, der dafür gesorgt hat, dass die Mittel auch dafür vorhanden sind. Ich hatte leider das Problem, dass ich das Finanzdesasters meines Vorgängers Siegfried Nagl erst zu bereinigen hatte (*Applaus SPÖ*).